

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/036(VI)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 10.05.2019	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:30 Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15. 03. 2019 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Übertragung beschließender Ausschüsse A0024/19
Fraktion Magdeburger Gartenpartei
 - 5.1.1 Übertragung beschließender Ausschüsse S0076/19
BE: Oberbürgermeister
 - 5.2 Sparkassengebühren für Vereine und die Freiwilligen Feuerwehren A0036/19
senken
Fraktion DIE LINKE/future! SR Scheunchen, SR Jannack

5.2.1	Sparkassengebühren für Vereine und die Freiwilligen Feuerwehren senken BE: Bürgermeister	S0154/19
5.3	Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0147/18
5.3.1	Kostenloser ÖPNV für Schüler*innen der LH Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0147/18/1
5.3.2	Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Bürgermeister	S0050/19
5.4	Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf – Pannenserie und kein Ende? Fraktion DIE LINKE/future!	A0044/19
5.4.1	Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf – Pannenserie und kein Ende? BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	S0172/19
5.5	Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss für Familie und Gleichstellung	A0174/18
5.5.1	Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss KRB	A0174/18/1
5.5.2	Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0136/19
6	Beschlussvorlagen und Informationen	
6.1	Tag der offenen Rathaustür BE: Oberbürgermeister	DS0142/19
6.2	Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2018 BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	I0083/19
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Schwenke

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Christian Hausmann

i.V.f. SR Dr. Grube

Jenny Schulz

Chris Scheunchen

i.V.f. SR Müller

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Falko Grube

Oliver Müller

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 15. 03. 2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 15. 03. 2019 –öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 7 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Übertragung beschließender Ausschüsse Vorlage: A0024/19

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0024/19 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 nicht zu beschließen.

5.1.1. Übertragung beschließender Ausschüsse Vorlage: S0076/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Sparkassengebühren für Vereine und die Freiwilligen
Feuerwehren senken
Vorlage: A0036/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Scheunchen, Fraktion DIE LINKE/future! bringt den Antrag ein und merkt an, dass es bereits hilfreich sei, wenn seitens der Stadtparkasse fallweise die Entscheidung getroffen wird, Vereinen und Freiwilligen Feuerwehren Unterstützung zu gewähren.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Thematik an die Stadtparkasse herangetragen wurde.

Seitens des Bürgermeisters wird mit Bezug auf die vorliegende Stellungnahme darauf hingewiesen, dass seitens der Stadtparkasse Vereinen und Institutionen sehr wohl Unterstützung gewährt wird. Gleichwohl gibt es die klare Aussage, dass sie von den Kontoführungsgebühren nicht zurücktreten kann. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass seitens der Stadtparkasse Bereiche der Kultur und des Sports gefördert werden.

Der Oberbürgermeister trifft die Feststellung, dass formal der Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet werden kann. Die geforderten Gespräche wurden geführt und dokumentiert.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, legt seine Auffassung dar, dass man zwar mit der Stadtparkasse Gespräche führen kann, diese sich bei Vereinen jedoch auf nichts einlässt. Jeder Verein müsse für sich selbst entscheiden, ob er mit der Stadtparkasse in Kontakt treten will.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0036/19 der Fraktion DIE LINKE/future in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP, trifft zur Sitzung ein.

5.2.1. Sparkassengebühren für Vereine und die Freiwilligen
Feuerwehren senken
Vorlage: S0154/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.3. Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0147/18
- 5.3.1. Kostenloser ÖPNV für Schüler*innen der LH Magdeburg
Vorlage: A0147/18/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0147/18/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Begründend zum Anliegen des Antrages legt Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, dar, dass es seiner Fraktion wichtig sei, auch aus ökologischer Sicht, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, kostenlos den ÖPNV zu nutzen. Hiermit soll auch erreicht werden, die Schülerinnen und Schüler auch zu späteren Zeiten an den ÖPNV heranzuführen.

Eingehend auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellte Kostenschätzung sieht Stadtrat Rösler diese als falsch an. Er legt dar, nicht zu glauben, dass die entstehenden Gesamtkosten eine Summe von 7,1 Mio Euro ausmachen. Diese Summe sei der Wert für die Monatskarten, andererseits müsse die Stadt die entsprechenden Zuschüsse nicht mehr an die MVB zahlen.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass diese Zuschusssumme bereits von den genannten Gesamtkosten abgezogen wurde, ansonsten würden diese 9 Mio Euro betragen.

Bezug nehmend auf die genannte Summe von 9 Mio Euro merkt Stadtrat Rösler an, dann davon auszugehen, dass Jeder eine Monatskarte besitzt, d.h. für ihn, letztendlich fließen diese 9 Mio Euro der MVB zu. Er äußert seine Zweifel, dass in dieser Größenordnung Kosten auf die MVB zukommen. Klarstellend legt er seine Auffassung dar, dass in der Anfangszeit nicht wesentlich mehr Fahrzeuge zum Einsatz kommen müssen. Er schätzt ein, dass mögliche Verluste für die MVB bei den Kosten für Einzelfahrscheine und Betriebskosten entstehen.

Im Weiteren wirft er die Frage auf, wieviel ermäßigte Einzelkarten von Schülerinnen und Schülern gekauft wurden und merkt an, dass dies der Bereich sei, der tatsächlich als Zuschuss für die MVB gezahlt werden müsste. jedoch glaube er nicht, dass dieser Betrag die Differenz zu den genannten 7,1 Mio Euro ausmacht.

Auf Nachfrage des Stadtrates Rösler hinsichtlich möglicher entstehender Mehrkosten für die MVB führt der Oberbürgermeister aus, dass die MVB von der Umsetzung einer kostenlosen Beförderung profitieren würde, da die 7,1 Mio Euro aus dem städtischen Haushalt kommen müssen.

Ergänzend verweist der Bürgermeister darauf, dass auch der Verkehrsverbund marego hiervon profitieren würde.

Eingehend auf das kritisierte Zahlenmaterial stellt er klar, dass dieses nicht falsch dargestellt wurde, jedoch die daraus erfolgte Ableitung nicht ganz korrekt sei.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf seine im Ausschuss FG gemachten Aussagen hinsichtlich mehrerer Punkte, die nicht betrachtet wurden. So sollte vor der Einführung der kostenlosen Beförderung eine Betrachtung der Erträge erfolgen. Möglicherweise ergeben sich dann keine Gesamtkosten in Höhe von 7,1 Mio Euro, jedoch werde eine ähnlich große Belastung für die Stadt entstehen. Erläuternd geht er auf die dann stark erhöhte Anzahl der betreffenden Kinder- und Jugendlichen ein und merkt an, dass bereits jetzt auf Grund des erhöhten Aufkommens die MVB zwischen 07.00 und 08.00 Uhr vor dem Kollaps stünde.

Hierzu müsse über Rahmenbedingungen bzw. erhöhte Beförderungsmöglichkeiten gesprochen werden. Mit einem Zuwachs der entsprechenden Personenbeförderung werde bis 2020 gerechnet, die erforderlichen Bahnen werden jedoch nicht vor 2025 vorhanden sein.

Eingehend auf die aufgeworfene Fragestellung des Stadtrates Rösler informiert er, dass hinsichtlich der Freizeitkarte 45 Verkäufe zu verzeichnen sei. Geprüft werde derzeit die Anzahl bzgl. der Anzahl der ermäßigten Verkäufe.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass ein s.g. Freizeitticket bereits von der MVB angeboten wird und bezeichnet die hierfür erforderlichen Kosten in Höhe von 17 Euro für zumutbar. Ihm erschließe sich nicht, warum eine kostenlose Beförderung für Schüler und Schülerinnen eingeführt werden soll. Mit dem Hinweis darauf, dass die Schülerbeförderung bereits geregelt sei, legt er dar, nicht nachvollziehen zu können, warum nochmals 7 Mio Euro zusätzlich ausgegeben werden sollen. Er stellt die Frage, warum Jemand noch ein Jahresticket kaufen sollte, wenn eine kostenlose Beförderung angeboten würde.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, verweist auf die Zielstellung, auch für die Schülerinnen und Schüler, deren Schulweg unter der vorgegebenen Streckenlänge von 2 km liegt, Gerechtigkeit herzustellen sowie für alle Schülerinnen und Schüler die Teilhabe z.B. an einem Besuch von Bibliotheken oder anderen öffentlichen kulturellen Einrichtungen der Stadt zu gewähren.

Gleichfalls bezeichnet er die Heranführung der Schülerinnen und Schüler an den ÖPNV als wichtig, um diesen auch später für eine Nutzung attraktiv zu machen.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, schließt sich der Auffassung des Stadtrates Hausmann an und spricht sich dafür aus, die finanziellen Mittel für die Einführung des kostenlosen ÖPNV bereitzustellen. Er unterbreitet den Vorschlag, den Antrag in den Ausschuss FG zurück zu überweisen und entsprechendes Zahlenmaterial seitens der MVB vorzulegen, damit klar wird, um welche Kosten es sich tatsächlich handelt.

Er begrüßt den vorliegenden Antrag und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, erklärt ebenfalls ihre Zustimmung zum Antrag und führt erklärend aus, dass dies der richtige Weg sei, um Teilhabe zu fördern und klimapolitischen Aspekten gerecht zu werden. Damit zeige die Stadt, dass ihr Kinder wichtig seien und etwas für die Umwelt getan wird.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka erklärt, sich der geführten Diskussion anschließen zu können. Insbesondere macht sie darauf aufmerksam, dass es auch um die Autonomie der Kinder und Jugendlichen geht, wenn sie so an den ÖPNV herangeführt werden können. Sie geht auf die Kosten für das Freizeitticket ein und merkt mit Hinweis auf die geringe Verkaufszahl des Tickets an, dass der Kostensatz von 17 Euro möglicherweise für Geringverdiener zu hoch sein könnte und hinterfragt weitere Ermäßigungen.

Erläuternd informiert der Bürgermeister, dass ein ermäßigtes Ticket 37 Euro kostet und ohne Ermäßigung 53 Euro zu zahlen sind. Insbesondere verweist er darauf, dass bei Fahrten ohne Ermäßigung Kinder kostenlos mitfahren können. Zum Freizeitticket stellt er klar, dass dieses für Inhaber der Schülerjahreskarte gedacht ist, welche dieses Ticket dazu erwerben, um damit Möglichkeiten der Freizeitgestaltung nutzen zu können.

Hinweis: Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP, trifft zur Sitzung ein.

Eingehend auf die zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt verweist der Oberbürgermeister darauf, dass diese keine einmalige Ausgabe sind, sondern dann jährlich aufzubringen sind. Wenn die Einführung des kostenlosen ÖPNV beschlossen werde, müsse auch die Aussage getroffen werden, wo an anderer Stelle im Haushalt 2020 entsprechende Kürzungen vorgenommen werden.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP, verweist auf seine im Ausschuss FG getroffene Aussage, dass ein kostenloser ÖPNV gut für das Ansehen der Stadt Magdeburg sei, die erforderlichen Rahmenbedingungen hierfür jedoch noch nicht vorhanden sind. Er merkt an, dass doch entschieden werden könnte, die kostenlose Beförderung erst ab 2022 oder später einzuführen. Zunächst müsse der technische Unterbau geschaffen werden.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster vertritt die Auffassung, dass die Einführung einer solchen kostenlosen Beförderung einer mittelfristigen Vorbereitung bedarf und sieht die Einführung zum jetzigen Zeitpunkt und ad hoc für nicht sinnvoll an. Hinsichtlich der erforderlichen Finanzierung verweist er auf mögliche negative Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, deren Folgen noch nicht absehbar sind.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage auf, was passiert, wenn der MVB die genannten Kosten von 7,1 Mio Euro zufließen und keine zusätzlichen Fahrzeugkosten anfallen. Er bekräftigt nochmals seine Auffassung, dass ein geringerer Betrag als diese 7 Mio Euro erforderlich sind.

In Beantwortung der Frage legt der Bürgermeister dar, dass diese Summe in den s.g. „Jedermann-Pool“ des Verkehrsverbundes marego entsprechend der vertraglichen Bestimmungen geht. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass von dieser Summe nur rund 4 Mio Euro bei der MVB verbleiben. Zum Einwand des Stadtrates Rösler an, dass bei der MVB verbleibende Einnahmen nicht mehr bezuschusst werden müssen, macht der Bürgermeister klarstellende Ausführungen.

Stadtrat Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, legt seine Meinung dar, dass sich um die Problematik marego gekümmert und die Aussage getroffen werden muss, welche Bedeutung der Verkehrsverbund für die Stadt hat. Hinsichtlich der erforderlichen Finanzierung spricht er sich dafür aus, abzuwarten, wie sich diese darstellen.

Er sieht ebenfalls die Wichtigkeit darin, Kinder und Jugendliche dazu zu bringen, auf den ÖPNV umzusteigen, auch im Sinne der gestellten Klimaziele.

Hinsichtlich der Heranführung der Kinder und Jugendlichen an den ÖPNV vertritt der Oberbürgermeister die Auffassung, dass dieser Prozess nicht stattfinden wird. Begründend merkt er an, dass nicht der Kostenaspekt im Vordergrund steht, wenn Eltern ihre Kinder mit dem Auto zu Schule fahren. Er verweist eindringlich darauf, dass nach einer Beschlussfassung zum Antrag die Umsetzung bereits für 2020 relevant ist.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP, führt aus, dass für ihn noch viele Fragen offen bleiben. Gleichfalls ist die Frage der Kosten für ihn keine Grundlage hierzu zu beschließen. Möglicherweise sollten nochmals Gespräche mit dem Verkehrsverbund marego geführt oder ggf. eine Umfrage unter Schülern gestartet werden, wer diese Karte nutzen würde. Er erklärt, sich gegen den Antrag auszusprechen bzw. sich enthalten zu wollen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0147/18/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0147/18 der SPD-Stadtratsfraktion unter Beachtung des Änderungsantrages A0147/18/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

5.3.2. Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0050/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.4. Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf – Pannenserie und kein Ende?
Vorlage: A0044/19
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachdienstes Sport und Bäder im Fachbereich 40 Herr Matz teil.

Herr Matz macht erläuternde Ausführungen zu der in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb KGM erstellten Stellungnahme der Verwaltung. Dabei verweist er insbesondere auf die Zielstellung des Austausches der Steuerungstechnik, für den in dieser Woche die Beauftragung erfolgte. Die für diese Maßnahme geplanten Mittel in Höhe von 125 TEUR konnten unterboten und die entsprechende Maßnahme in Höhe von 93 TEUR beauftragt werden. In diesem Zusammenhang erfolgte auch ein Wechsel der bisherigen Wartungsfirma. Zur Thematik der Zulassung von Assistenzhunden für Menschen mit Behinderungen verweist er darauf, dass es keine juristische Verpflichtung für eine derartige Zulassung gibt. Diese Auffassung werde auch vom Behindertenbeauftragten Herrn Pischner geteilt. Ebenfalls werde durch diesen eingeschätzt, dass Begleitpersonen ein ausreichender Zugang gewährt wird.

Zum Antrag besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0044/19 der Fraktion DIE LINKE/future! in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

- 5.4.1. Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf – Pannenserie und kein Ende?
Vorlage: S0172/19
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.5. Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0174/18
- 5.5.1. Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0174/18/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE/future!, informiert in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Ausschusses FuG über die Behandlung des Antrages im Ausschuss. Hier wurde durch den Leiter des Fachbereiches 32 Herrn Ehlenberger berichtet, dass bereits an der Umsetzung gearbeitet werde, der beantragte Zeitraum von vier Monaten zur Erstellung des Konzeptes jedoch zu knapp bemessen sei und um eine Fristverlängerung bis zum 31. 12. 2019 gebeten wird. Dieser Bitte wurde vom Ausschuss entsprochen unter der Maßgabe, dass eine weitere Bearbeitung erfolgt.

Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass unter Hauptverantwortung des Fachbereiches 32 auch die Ämter 53 und 63 mit dieser Problematik befasst sind. Klar sei bisher noch nicht, von welchem Bedarf ausgegangen werden muss. Davon abhängig sei auch der Aufwand, welcher zusätzlich erbracht werden muss. Er legt dar, dass die Ämter jetzt soweit seien, einen entsprechenden Antrag für den Stellenplan 2020 zu stellen. Die volle Arbeitsfähigkeit werde sich jedoch bis Ende 2020 hinziehen. Insbesondere macht der Beigeordnete darauf aufmerksam, dass die Aufgabe einen erheblichen Aufwand für die Verwaltung mit sich bringt und vom Land nicht finanziert wird. Hinsichtlich der Stellen muss eine Verständigung erfolgen.

Die anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka unterstützt in ihren umfassenden Ausführungen die Wichtigkeit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz der Prostituierten und verweist dabei insbesondere auf die Schutzbedürftigkeit derjenigen, bei denen keine unbedingte Freiwilligkeit für eine Tätigkeit als Prostituierte vorliegt. Sie führt aus, besonderes Interesse daran zu haben, dass die erforderlichen Stellen schnell besetzt werden. Sie informiert über einen im Juni stattfindenden Sitzungstermin des „Runden Tisches Sexarbeit“ in Magdeburg.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass alle Bemühungen unternommen werden sollten, um eine schnelle Arbeitsfähigkeit zu erreichen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass zunächst erst einmal das geforderte Konzept erarbeitet werden muss.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0174/18/1 des Ausschusses KRB in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0184/18 des Ausschusses FuG unter Beachtung des Änderungsantrages A0174/18/1 des Ausschusses KRB in seiner Sitzung am 13. 06. 2019 zu beschließen.

5.5.2. Erstellung eines Konzeptes zur Umsetzung des
Prostituiertenschutzgesetzes in der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: S0136/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Tag der offenen Rathaustür
Vorlage: DS0142/19

Der Oberbürgermeister macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, erklärt, unabhängig vom Termin für 2019, die Veranstaltungen besser vor dem 03. 10. durchzuführen und sieht dies als günstigere Variante an. Begründend legt er dar, damit den betreffenden Mitarbeitern der Verwaltung und auch der Fraktionen z.B. bei der Urlaubs- bzw. Freizeitplanung entgegen zu kommen.

Hierzu gibt der anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann den Hinweis auf die für die Stadtverwaltung geltende Brückentagsregelung.

Der Oberbürgermeister führt klarstellend aus, dass der Vorschlag zur Durchführung des Rathausfestes möglichst nach dem 03. 10. deshalb erfolgte, da Händler und die IG Innenstadt die Tage zwischen diesen Terminen für eine eigene Veranstaltung nutzen wollen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bringt mit Hinweis auf die Beibehaltung der Terminierung 05. 10. für das Jahr 2019 folgenden Änderungsantrag ein:

Im Beschlusstext wird gestrichen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, dass der Tag der offenen Rathaustür mit den Aktivitäten der Stadtverwaltung auf dem Alten Markt ab dem Jahr ~~2019~~ **2020** jährlich an einem Samstag vor ~~oder nach~~ dem 3. Oktober durchgeführt wird.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Der Änderungsantrag wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Der Verwaltungsausschuss beschließt mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. VW 127-36(VI)19

Der Verwaltungsausschuss beschließt, dass der Tag der offenen Rathaustür mit den Aktivitäten der Stadtverwaltung auf dem Alten Markt ab dem Jahr 2019 jährlich an einem Samstag vor oder nach dem 3. Oktober durchgeführt wird.

Fällt der 03.10. auf einen Samstag, so wird der Tag der offenen Rathaustür dann am 03.10. durchgeführt.

6.2. Personalkostencontrolling Jahresabschlussbericht 2018 Vorlage: I0083/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP, nimmt Bezug auf die Ausführungen im Fazit der Information hinsichtlich der Nichterreichung der geplanten Einsparungen im Jahr 2019 und hinterfragt mögliche Konsequenzen.

Beantwortend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass die Konsequenz sei, zum Jahresende eine überplanmäßige Ausgabe beantragen zu müssen.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass eine Stellenumverteilung nicht mehr so einfach sein wird. Er merkt an, dass, wenn alle bisher noch offenen Stellen besetzt sind, die Personalkosten noch höher ausfallen werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Stellen Gewächshausanlagen

Stadtrat Scheunchen, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage hinsichtlich eines geplanten Stellenaufwuchses im Bereich der Gewächshausanlagen auf.

Hierzu wird durch den Oberbürgermeister auf den Stellenplan verwiesen. Wenn hier keine zusätzlichen Stellen ausgewiesen sind, gibt es keinen Stellenaufwuchs. Dieser müsse, bei Erforderlichkeit, mit dem folgenden Stellenplan beschlossen werden.

7.2. Stadtwache Hasselbachplatz

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, nimmt Bezug auf ein im Radio gehörtes Interview mit dem Innenminister und der hier erfolgten Aussage, dass es in den nächsten drei Jahren keine Stadtwache geben wird, da kein entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden kann. Er hinterfragt den Sachstand hierzu.

Hierzu wird durch den Beigeordneten Herrn Platz der Hinweis gegeben, dass hinsichtlich der Verortung nicht von einer Stadtwache Hasselbachplatz gesprochen wird. Bei der räumlichen Unterbringung habe die Verwaltung ihre bestimmten Vorstellungen. So soll die Stadtwache ihren Schwerpunkt nicht nur am Hasselbachplatz haben, sondern auch in anderen Bereichen wie die Neue Neustadt.

Im Weiteren legt er dar, dass für diese Stadtwache derzeit das Stellenbesetzungsverfahren läuft. Schwierigkeiten bestehen jedoch noch bei der Besetzung der Gruppenleiterposition. Herr Platz führt aus, dass sich die Verhandlungen mit der Polizei auf einem guten Weg befinden, sich aber schwierig gestalten, da diese die Rückversicherung aus dem Innenministerium braucht.

Im Innenministerium gibt es ein entsprechendes bestätigtes Konzept, welches in den nächsten drei Wochen vorliegt. Hierzu erfolgt dann eine Verständigung dahingehend, ob dieses unterschrieben werden kann oder ob noch Nachbesserungen erforderlich sind.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass seitens des Ansprechpartners im Innenministerium der Wille zum Aufbau der Stadtwache bestätigt wurde. Dies werde jedoch noch Zeit in Anspruch nehmen, da hierfür zu wenig Personal vorhanden ist.

7.3. Neue Neustadt Moritzhof

Stadtrat Zander, Magdeburger Gartenpartei, informiert über eine erfolgte Kontrolle im Bereich Moritzhof und informiert, dass diese Aktion auf Grund der Nichtgewährung des Zutritts abgebrochen werden musste. Er legt dar, dass an ihn die Frage herangetragen wurde, warum jetzt wieder keine ausreichende Anzahl an Ordnungskräften eingesetzt wird.

Klarstellend führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass ihn keine erhöhte Beschwerdelage erreicht habe. Er informiert, dass hier am 17. 05. 2019 eine Außenstelle des SOD eröffnet wird und somit mehr Präsenz gezeigt wird.

Zur Kontrollaktion bietet er an, in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungsausschusses entsprechende Ausführungen zu machen. Zunächst müsse er prüfen, um was für Kontrollen es sich hier handelt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführer/in